

## **Unterrichtung**

### **Amtliche Mitteilungen zum Ende der 16. Wahlperiode**

#### Inhaltsverzeichnis

1. Mitteilungen über Beschlüsse des Bundesrates zu vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetzen
2. Mitteilungen von Ausschüssen zu Unterrichtungen

### 1. Mitteilungen über Beschlüsse des Bundesrates zu vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetzen

Der Bundesrat hat in seiner 861. Sitzung am 18. September 2009 beschlossen, den nachstehenden Gesetzen zuzustimmen, einen Antrag gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes nicht zu stellen bzw. keinen Einspruch gemäß Artikel 77 Absatz 3 des Grundgesetzes einzulegen:

- Gesetz zur Einführung einer Modellklausel in die Berufsgesetze der Hebammen, Logopäden, Physiotherapeuten und Ergotherapeuten
- Gesetz zur Erleichterung elektronischer Anmeldungen zum Vereinsregister und anderer vereinsrechtlicher Änderungen
- Gesetz zur Begrenzung der Haftung von ehrenamtlich tätigen Vereinsvorständen
- Gesetz zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts
- Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses 2006/783/JI des Rates vom 6. Oktober 2006 über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf Einziehungsentscheidungen und des Rahmenbeschlusses 2008/675/JI des Rates vom 24. Juli 2008 zur Berücksichtigung der in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union ergangenen Verurteilungen in einem neuen Strafverfahren (Umsetzungsgesetz Rahmenbeschlüsse Einziehung und Vorverurteilungen)
- Gesetz zur Durchführung gemeinschaftsrechtlicher Vorschriften über das Schulobstprogramm (Schulobstgesetz – SchulObG)
- Gesetz über die Ausweitung und Stärkung der Rechte des Bundestages und des Bundesrates in Angelegenheiten der Europäischen Union
- Gesetz zur Umsetzung der Grundgesetzänderungen für die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon
- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union

- Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union
- Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Aufhebung nationalsozialistischer Unrechtsurteile in der Strafrechtspflege (2. NS-AufhGÄndG)
- Gesetz zur Erleichterung der Sanierung von Unternehmen.

### 2. Mitteilungen von Ausschüssen zu Unterrichtungen

Der Vorsitzende des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat mitgeteilt, dass der Ausschuss gemäß § 80 Absatz 3 Satz 2 der Geschäftsordnung von einer Berichterstattung zu der nachstehenden Vorlage absieht:

- Unterrichtung durch die Bundesregierung  
Masterplan Güterverkehr und Logistik  
> Drucksache 16/10049 <

Der Vorsitzende des Rechtsausschusses hat mitgeteilt, dass der Ausschuss die nachstehenden Unionsdokumente zur Kenntnis genommen oder von einer Beratung abgesehen hat:

- Drucksache 16/10666 Nr. A.1  
Ratsdokument 12135/08
- Drucksache 16/12511 Nr. A.3  
Ratsdokument 7115/09
- Drucksache 16/12954 Nr. A.7  
EuB-EP 1896; P6\_TA-PROV(2009)0089
- Drucksache 16/13264 Nr. A.6  
Ratsdokument 9149/09
- Drucksache 16/13264 Nr. A.7  
Ratsdokument 9150/09
- Drucksache 16/13912 Nr. A.3  
Ratsdokument 11119/09